

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
§ 1 Die zunehmende praktische Bedeutung der gesellschaftsrechtlichen Organhaftung	23
§ 2 Problemstellung und Gang der Untersuchung	29
§ 3 Die gesellschaftsrechtliche Organhaftung sowie Begriffsklärungen	35
I. Organe und Organmitglieder	35
1) Handlungs-, Willenbildungs-, Aufsichts- und sonstige Organe	36
2) Differenzierung zwischen Organ und Organträger	38
3) Beginn und Ende der Organträgerschaft	38
4) Das Verhältnis der einzelnen Organe zueinander	39
II. Grundlagen der gesellschaftsrechtlichen Organhaftung	39
1) Was ist Haftung?	39
2) Voraussetzungen der Organhaftungsansprüche	41
a) Ansprüche gegen Handlungsorganmitglieder	41
(1) Anspruchsgrundlagen	41
(2) Pflichten der Geschäftsleiter	43
(a) Geschäftsführungspflicht	43
(b) Pflicht zur Sicherstellung der Rechts- und Ordnungsmäßigkeit des Gesellschaftshandelns	44
(aa) Gesellschaftsrechtliches Legalitätsprinzip	45
(bb) Pflicht zur Einrichtung einer Compliance-Organisation	45
(3) Ermessen/Business Judgement Rule	47
(4) Unklare oder umstrittene Rechtslage	49
(5) Geschäftsleiterermessen bei nützlichen Pflichtverletzungen	51
(a) Ausgangspunkt: Gesetzesverstöße	51
(b) Keine Ausnahme im Fall der Existenzbedrohung	53
(c) Verletzung vertraglicher Pflichten erlaubt	54
(6) Verschulden, Sorgfaltsmaßstab	55
(7) Kausaler Schaden	56
(8) Darlegungs- und Beweislast	57
b) Ansprüche gegen Willenbildungsorganmitglieder	59
c) Ansprüche gegen Aufsichtsorganmitglieder	61
(1) Anspruchsgrundlagen	62
(2) Pflichten der Mitglieder der Aufsichtsorgane	62

	(3) Unternehmerisches Ermessen/Business Judgement Rule	64
	(4) Verschulden, Sorgfaltsmaßstab	64
d)	Ansprüche gegen sonstige Organmitglieder	64
3)	Das Verhältnis der Innenhaftung zur dienstvertraglichen Haftung	65
a)	Art der Ansprüche	65
b)	Verhältnis der Ansprüche	66
4)	Sinn und Zweck der Organhaftung	67
a)	Schutz der wirtschaftlichen Interessen des Verbandes	68
(1)	Ausgleichsfunktion	68
(2)	Genugtuungsfunktion	70
(3)	Straffunktion	71
	(a) Begriffsklärung: Strafschadensersatz	72
	(b) Contra Straffunktion	73
	(c) Pro Straffunktion	74
	(d) Zwischenergebnis: lediglich willkommene Nebenfolge	76
(4)	Präventivfunktion/Steuerungsfunktion	77
	(a) Begriffsklärung	77
	(b) Contra Präventionsfunktion	78
	(c) Pro Präventionsfunktion	79
	(d) Zwischenergebnis: Nebenzweck	80
(5)	Zusammenfassung	80
b)	Kompensations- und Präventivfunktion in der Organhaftung	81
(1)	Vergleich mit dem Strafrecht	82
(2)	Unmöglichkeit bzw. Unzumutbarkeit der Bezifferung des Schadens	83
(3)	Behandlung von zukünftigen Schäden	84
(4)	Schadensschätzung nach § 287 Abs. 1 S. 1 ZPO	84
5)	Zwischenergebnis	87
III.	Grundsätze der Schadensermittlung	89
1)	Überblick über die §§ 249 ff. BGB	89
2)	Begriffsbestimmung: Schaden	90
3)	Gesamtvermögensvergleich versus Einzelschadensvergleich	92
4)	Wertende Beschränkungen des zu ersetzenenden Schadens	93
a)	Haftungsausfüllende Kausalität	94
	(1) Adäquanztheorie	94
	(2) Lehre vom Schutzzweck der Norm	95
	(3) Rechtmäßiges Alternativverhalten	96
b)	Vorteilsausgleichung und -anrechnung	97
	(1) Voraussetzungen	98
	(2) Fallgruppen	99
c)	Grundsätze des innerbetrieblichen Schadensausgleichs	100
	(1) Darstellung der Rechtsprechungsentwicklung	101
	(2) Geltung dieser Grundsätze auch für leitende Angestellte?	102

	(3) Haftungsbegünstigung im Rahmen der Organhaftung?	104
	(4) Eigene Stellungnahme: Ausdehnung sinnvoll	105
d)	Aufgabe des Grundsatzes der Totalreparation?	107
	(1) Kein Billigkeitsurteil nach § 287 ZPO	107
	(2) Keine Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Schuldners	108
	(3) Erforderlichkeit einer Reduktionsklausel	109
5)	Zwischenergebnis	111
IV.	Zusammenfassung in Thesen	112
§ 4	Korruptionsentgelt – nicht der alleinige Schaden	115
I.	Typische Beispiele Fälle	117
1)	„Angestelltenbestechung“ nach BGH vom 2.5.1957, NJW 1957, 1243 ff.	117
2)	„Sittenwidrigkeit der Zahlung von Schmiergeldern“ nach BGH vom 26.3.1962, NJW 1962, 1099 ff.	118
3)	Siemens Aktiengesellschaft	118
4)	Beispielsfall: BayernLB „Gribkowsky“	119
5)	Zusammenfassung	121
II.	Erscheinungsbild und Folgen der Korruption	121
1)	Begriffsbestimmung: Korruption	122
2)	Erscheinungsbild von korruptem Verhalten	123
	a) Akteure der Korruption	124
	b) Arten der Korruption	125
	c) Vorteile der Korruption	127
III.	Ursachen für korruptives Verhalten sowie ökonomische Erwägungen	128
1)	Anwendbarkeit der Preistheorie	129
2)	Der „legale Hauptmarkt“	130
	a) (Vermeintlich) Fehlende Erfolgsaussichten auf dem „legalen Hauptmarkt“	131
	b) Vorteile der Korruption für das Unternehmen des Vorteilsgebers	131
	c) Nachteile der Korruption für das Unternehmen des Vorteilsnehmers	132
3)	Der „illegalen Korruptionsmarkt“	133
	a) Mögliche Vor- und Nachteile des Vorteilsgebers	135
	(1) Vorteile des Vorteilsgebers	135
	(2) Nachteile des Vorteilsgebers	136
	b) Mögliche Vor- und Nachteile des Vorteilsnehmers	136
	(1) Vorteile des Vorteilsnehmers	136
	(2) Nachteile des Vorteilsnehmers	137
	c) Die Bestimmung der Höhe des Korruptionsentgelts	137
4)	Zwischenergebnis	138

IV.	Einordnung des korrupten Verhaltens in das Rechtssystem	139
1)	Strafrechtliche Relevanz des Verhaltens	139
a)	Straftaten gegen den Wettbewerb	140
b)	Straftaten im Amt	142
c)	Untreue	142
d)	Verfall	143
2)	Verstoß gegen das Recht des unlauteren Wettbewerbs	144
3)	Zivilrechtliche Wirksamkeit der Verträge sowie DCGK	145
a)	Wirksamkeit des Korruptionsvertrages	145
b)	Wirksamkeit des Hauptvertrages	147
c)	Deutscher Corporate Governance Kodex	148
4)	Zwischenergebnis	149
V.	Ansprüche im Rahmen der Gewinnmaximierungskorruption	151
1)	Ansprüche des geschädigten Unternehmens	151
a)	gegenüber dem Vorteilsnehmer (eigenes Organmitglied)	151
(1)	auf Herausgabe des Schmiergeldes	152
(2)	auf Zahlung von Schadensersatz	155
(a)	Anspruchsgrundlagen	155
(b)	Schädigende Handlung	155
(aa)	Abschluss des Korruptionsvertrages und Entgegennahme des Korruptionsentgelts	156
(bb)	Abschluss des nachteiligen Hauptvertrages	157
(cc)	Fehlende Offenbarung	158
(c)	Kausaler Schaden	159
b)	gegenüber dem Hauptvertragspartner (Unternehmen des Vorteilsgebers)	161
(1)	auf Zahlung von Schadensersatz	161
(a)	Anspruchsgrundlagen	161
(b)	Pflichtverletzung	162
(c)	Zurechnung	164
(d)	Schaden	166
(2)	auf Herausgabe im Rahmen der bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung	167
(a)	Bereicherungsrechtlicher Tatbestand ist erfüllt	167
(b)	Rechtsfolge: Wertersatz, § 818 Abs. 2 BGB und verschärzte Haftung, §§ 818 Abs. 4, 819 Abs. 1 BGB	167
(c)	Keine Sperre der Kondition, § 817 S. 2 BGB	168
c)	gegenüber dem Vorteilsgeber auf Zahlung von Schadensersatz	169
d)	Zusammenfassung und Würdigung	170
2)	Ansprüche des Hauptvertragspartners	171
a)	gegenüber dem geschädigten Unternehmen auf Herausgabe im Rahmen der bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung	171

b)	gegenüber dem Vorteilsgeber auf Zahlung von Schadensersatz	172
	(1) Pflichtverletzung durch Leistung des Korruptionsentgelts	172
	(a) Ordnungsgemäße Geschäftsführung	173
	(b) Kompetenz	174
	(2) Schaden	175
c)	gegenüber dem Vorteilsnehmer auf Herausgabe des erhaltenen Korruptionsentgelts	175
d)	Zusammenfassung und Würdigung	175
3)	Ansprüche des Vorteilsgabers	176
a)	gegenüber seinem Prinzipalen auf Aufwendungseratz	176
b)	gegenüber dem Vorteilsnehmer auf Herausgabe des Korruptionsentgelts	177
c)	Würdigung und Zusammenfassung	178
4)	Zwischenergebnis	178
VI.	Die Bestimmung des zu ersetzenen Schadens	180
1)	Durch den Vorteilsnehmer zu ersetzender Schaden	180
a)	Erschüttertes Vertrauensverhältnis	180
b)	Verpflichtung zum Abschluss eines nachteiligen Hauptvertrages	182
c)	Geschlossener Hauptvertrag	183
	(1) Anspruch auf Vertragsaufhebung	183
	(2) Schaden in Höhe der erhaltenen Korruptionsentgelte	183
	(3) Korruptionsrente als erweiterter Mindestschaden	184
	(4) Vergleich mit Situation bei Abschluss eines pflichtgemäßigen Vertrages	185
	(a) Geschädigtes Unternehmen ist Anbieter einer Sache/Dienstleistung	185
	(b) Geschädigtes Unternehmen ist Erwerber einer Sache/Dienstleistung	186
	(5) Kosten für erforderliche Öffentlichkeitsarbeit	188
2)	Durch den Vorteilsgeber gegenüber seinem Prinzipal zu ersetzender Schaden	188
a)	Vermögensminderung durch Leistung des Korruptionsentgelts?	188
	(1) Anrechenbarkeit des Marktgewinns	189
	(a) Anrechnung des Marktgewinns nach Lohse	189
	(b) Kein rechtlicher Bestand des Marktgewinns	190
	(c) Kein adäquater Kausalzusammenhang	191
	(2) Anrechenbarkeit des Korruptionsgewinns	192
b)	Inregressnahme als weiterer Schadensposten	192
3)	Zwischenergebnis	193
VII.	Zusammenfassung in Thesen	194

§ 5 Unternehmensgeldbußen, insbesondere Kartellgeldbußen, als Schaden des Verbandes	197
I. Überblick über die Unternehmensgeldbuße	200
1) Entwicklung der Verbandsgeldbuße	201
2) Voraussetzungen der Unternehmensgeldbuße	202
3) Haftung des Verbandes für eigene und nicht für fremde Delinquenz	203
4) Sinn und Zweck der Verbandsgeldbuße	205
5) Gemeinsames und nicht selbständiges Verfahren	207
6) Kriterien zur Bemessung der jeweiligen Bußgeldhöhe	207
a) Ahndungsrahmen	208
b) Bemessung der Geldbuße hinsichtlich des Ahndungsteils	208
c) Umfang der Gewinnabschöpfung	210
7) Zwischenergebnis	212
II. Haftung der Organmitglieder bei Verbandsgeldbußen wegen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten	213
1) Unmittelbare, eigene Haftung des Organmitglieds	214
2) Kein Regress im Wege der Binnenhaftung	215
a) Bejahung eines Schadens nach der Differenzmethode	216
b) Verband als tatsächlicher Belastungsträger	217
(1) Rechtspolitische Überlegungen	217
(a) Prinzipal-Agent-Theorie – Belastung der natürlichen Person sinnvoll	218
(b) Verhalten der Mitarbeiter nicht unbeeinflussbar – Belastung des Verbands sinnvoll	219
(c) Problem der Sanktionsverlagerung: Sowohl Verband als auch Organträger müssten Sanktion tragen	221
(2) Systematischer Vergleich der Bestimmungen der Verbandsgeldbuße	221
(a) Zwei Bußgeldbescheide bei einem Bußgeldverfahren	221
(b) Unterschiedliche Zumessungskriterien hinsichtlich Verbandsgeldbuße und Geldbuße gegen Organmitglied	222
(c) Berücksichtigung des gesetzgeberischen Willens	222
c) Hilfsargument: Keine Ersatzfähigkeit der Verbandsgeldbuße	223
(1) Vorüberlegungen	223
(a) Keine Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	223
(b) Keine Verletzung des „Ne bis in idem“-Grundsatzes“	224
(c) Keine Begrenzung der Schadensersatzpflicht wegen Verschwiegenheitspflicht	225

(d) Begrenzung der Schadensersatzpflicht wegen organ-schaftlicher Treuepflicht	225
(2) Keine Ersatzfähigkeit hinsichtlich Ahndungsanteil	226
(a) Keine Strafvollstreckungsvereitelung	227
(b) Bußzweckvereitelung	227
(aa) Repressionsfunktion/Höchstpersönlichkeit der Geldbuße	229
(bb) Präventionsfunktion	231
(c) Fehlender Rechtswidrigkeitszusammenhang	232
(d) Beschränkung in Folge einer Einzelfallabwägung	232
(e) Zwischenergebnis	233
(3) Keine Ersatzfähigkeit hinsichtlich Gewinn- abschöpfungsanteil	234
(a) Schaden, trotz Abschöpfung eines ungerechtfertigten Vorteils	234
(b) Vorteilsanrechnung	235
3) Zwischenergebnis	236
III. Inregressnahme von Organmitgliedern bei Unternehmensgeldbußen im Kartellrecht	237
1) Kartellrecht als neues Rechtsgebiet	238
2) Überblick über Deutsches und Europäisches Kartellrecht	238
a) Europäisches Kartellrecht	238
(1) Der Verbotstatbestand	239
(2) Die Sanktion	239
(a) Sanktionsadressat	240
(b) Bemessung der Geldbuße	240
b) Deutsches Kartellrecht	241
(1) Der Verbotstatbestand	241
(2) Die Sanktion	242
(a) Sanktionsadressat	242
(b) Bemessung der Geldbuße	242
(3) Zwischenergebnis	243
c) Verfahrensrecht	244
(1) Fortsetzung der Zweiteilung im Verfahrensrecht	244
(2) Zuständige Behörde	244
3) Unmittelbare, eigene Haftung des Organmitglieds, § 81 GWB in Verbindung mit §§ 9 Abs. 1, 130 Abs. 1 OWiG	245
4) Ebenfalls kein Regress im Wege der Binnenhaftung	245
a) Normadressat im europäischen Kartellrecht: Unternehmen	247
b) Normadressat im deutschen Kartellrecht: Gleichfalls Unternehmen	249
c) Berücksichtigung der Erwägungen des Gesetzgebers zur Angemessenheit	250

d) Kein einheitliches Verfahren – Bemessung der Verbands-geldbuße	250
e) Weitere Ausschlussgründe	251
(1) Hohe Rang des Kartellrechts	251
(2) Vorrang des Unionsrechts	251
(3) Freihalteanspruch des Organmitglieds gegen die Gesellschaft?	252
5) Zwischenergebnis	253
VI. Zusammenfassung in Thesen	253
 § 6 Imageschäden	255
I. Darstellung des Unternehmensimages	257
1) Die wirtschaftliche Bedeutung des Firmenanhens	257
a) Wettbewerbsvorteile durch bessere Reputation	258
(1) Wichtige psychologische Determinante des Kunden-verhaltens	258
(2) Einfluss auf weitere Stakeholder	259
(3) Resultat: Bessere Wettbewerbsfähigkeit	261
b) Reputation als bedeutendster immaterieller Vermögens-gegenstand	261
c) Künftig weiterer Anstieg der Bedeutung des Unternehmens-images	262
(1) Globalisierung erfordert Wettbewerbsvorteile	262
(2) Wachsender Einfluss der Medien	263
2) Begriffsbestimmung: „Image“, „Reputation“ und „Ruf“	263
a) Unterschiedliche Verwendung der Begrifflichkeiten	263
(1) Reputation	264
(2) Image	265
(3) Ruf	266
b) Vergleich von Reputation, Image, Ruf:	266
(1) Gemeinsamkeiten	266
(2) Unterschiede	267
c) Zwischenergebnis: Verwendung des Begriffs „Ansehen“	268
3) Bestandteile des Ansehens eines Unternehmens	268
a) Einflussfaktoren nach Fombrun	269
b) Bedeutung der Organmitglieder für das Unternehmens-ansehen	270
4) Zwischenergebnis	272
II. Ermittlung und Kompensation des Ansehensschadens	273
1) Ansehensverminderung als Primärschaden	273
a) Messbarkeit von „Ansehen“	274
b) Behebung der Ansehensverminderung	275
(5) im Wege der Naturalrestitution, § 249 BGB	276

(a) Beschränkung der Naturalrestitution bei Verletzung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts bzw. des wirtschaftlichen Rufes, § 824 BGB	277
(b) Keine entsprechende Beschränkung bei der Ansehensverminderung	278
(2) Leistung von Wertersatz, § 251 BGB	279
(a) Ansehensverminderung begründet einen Vermögensschaden	280
(b) Die Bestimmung der Höhe des zu leistenden Wertersatzes	282
(aa) Kosten als Schätzgröße	282
(bb) Minderung des Börsenwerts	282
(cc) Ermittlung des Reputationskapitals	283
(dd) Parallele zum Markenrecht	285
c) Zwischenergebnis	287
2) Sonstige wirtschaftliche Nachteile als Sekundärschäden	288
a) Umsatzerückgang als Nachteil am Absatzmarkt	288
(1) Problem der haftungsausfüllenden Kausalität bei mittelbaren Schäden	288
(2) Schätzung des entgangenen Gewinns, §§ 252 BGB, 287 ZPO	290
(a) Verhältnis von § 252 BGB und § 287 ZPO	290
(b) Bestimmung des zu ersetzenen Schadens	291
b) Bewerberrückgang bzw. höhere Fluktuation als Nachteil am Arbeitsmarkt	292
c) Höhere Finanzierungskosten als Nachteil am Kapitalmarkt	293
d) Mehraufwand durch mehr Öffentlichkeitsarbeit	293
3) Zwischenergebnis	295
III. Zusammenfassung in Thesen	296
§ 7 Ergebnisse der Untersuchung	299
Literaturverzeichnis	303